

ORF vor größtem Sparpaket: 220 Millionen Euro bis 2031 einsparen!

Der ORF steht vor finanziellen Herausforderungen: Sparmaßnahmen, neue Haushaltsabgabe und Reformen im Publikumsrat bis 2029.



Vienna, Österreich - Der ORF sieht sich einer gewaltigen finanziellen Herausforderung gegenüber, wie Generaldirektor Roland Weißmann bei einer Sitzung des ORF-Publikumsrats erklärte. Im Rahmen des neuen Regierungsprogramms der Koalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS steht fest: Der Rundfunkbeitrag von 15,30 Euro pro Haushalt und Monat wird bis zum Jahr 2029 nicht erhöht. Dies zwingt den ORF dazu, bis 2031 insgesamt 220 Millionen Euro einzusparen, eine Maßnahme, die als das größte Sparpaket in der Geschichte des Senders angesehen wird. Im bereits laufenden Jahr wird der ORF 80 Millionen Euro einsparen, gefolgt von 104 Millionen Euro im Jahr 2026. Weißmann räumte ein, dass die Situation eine „große Herausforderung“ darstellt und kündigte an, „jeden Stein

umzudrehen“, um die finanziellen Vorgaben zu erfüllen, wie **vienna.at** berichtete.

Hochinteressantes Publikum und wichtige Umfrageergebnisse

Trotz dieser Herausforderungen erfreut sich der ORF einer hohen Zuschauerzahl und wird laut Weißmann täglich von 3,6 Millionen Menschen im Fernsehen, 4,5 Millionen im Radio und 1,4 Millionen über das ORF.at-Netzwerk erreicht. Das Publikumsinteresse war kürzlich besonders hoch, erstmals wurden beispielsweise bei der Sonderberichterstattung zur neuen Regierung über 1,4 Millionen Zuschauer bei ZIB2 gezählt. Die ORF-Streamingplattform ORF ON verzeichnete zudem rekorde 387 Millionen Nettoviews pro Monat, was die Bedeutung des Senders in der digitalen Welt unterstreicht.

Im Rahmen der Sitzung wurde auch die Publikumsratsstudie 2024 präsentiert, die die Erwartungen der Zuschauer an die ORF-Berichterstattung analysierte. Die Studie zeigt erfreuliche Ergebnisse: 75 Prozent der Befragten bezeichnen den Umgang des ORF mit Interviewpartnern als respektvoll, und 67 Prozent sind der Meinung, dass der ORF umfassend und verlässlich über aktuelle Ereignisse informiert. Allerdings wünschen sich 28 Prozent mehr Wirtschaftsberichterstattung und zahlreiche weitere Befragte fordern ein verstärktes Angebot an Hintergrundanalysen sowie Diskussionssendungen mit Publikumsbeteiligung. Diese Ergebnisse deuten auf einen klaren Handlungsbedarf hin, wie **orf.at** berichtete.

Details	
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • orf.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at